



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 09.02.2021**

<b>Ort:</b>	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen) Online-Meeting
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:05 Uhr

### **Anwesende Personen**

**Vorsitzende:**

Bodner, Nicola

**Ordentliche Mitglieder:**

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar  
Frensch, Kristin  
Gegenheimer, Thomas  
Gutgesell, Andreas  
Herb, Artur  
Hörter, Frank  
Hruschka, Andreas  
Kirchenbauer, Achim  
Konstandin, Angelika  
Lüthje-Lenhardt, Monika  
Mohamed Fahir, Aisha  
Möller, Eva  
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.  
Reeb, Tilo  
Rendes, Markus  
Ringwald, Markus  
Rothweiler, Edelbert  
Rothweiler, Sonja  
Schwarz, Simon  
Vogel, Roland, Dr. - Teilnahme ab 18.45 Uhr (TOP 8)  
Vortisch, Volker Hans

**Schriftführer:**

Härer, Roland

**Verwaltung:**

Bauer, Christian  
Kröner, Wolfgang  
Müller, Rüdiger  
Münch, Jens  
Schönhaar, Tamara  
Sturm, Thomas

**Ortschaftsrat:**

Bampi, Diana - zu TOP 2 ö (Sachstandsbericht  
Sanierungsgebiet "Neue Ortsmitte Söllingen")  
Eifert, Heiko - zu TOP 2 ö (Sachstandsbericht



**Ortsvorsteher:**

Sanierungsgebiet "Neue Ortsmitte Söllingen")  
Müller, Klaus - zu TOP 2 ö (Sachstandsbericht  
Sanierungsgebiet "Neue Ortsmitte Söllingen")

Oberle, Gebhard

**Nichtanwesende Personen**

**Ordentliche Mitglieder:**

Schaier, Barbara - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 01.02.2021.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 04.02.2021.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderat Hruschka  
Gemeinderat Reeb



## T A G E S O R D N U N G

- . Sitzungseröffnung
- 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
- 2. Sachstandsbericht Sanierungsgebiet "Neue Ortsmitte Söllingen" - mit **BV/723/2021**  
OR Söllingen  
- Kenntnisnahme
- 3. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2021 **BV/726/2021**  
- Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021  
- Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge
- 4. Eigenbetrieb Wasserversorgung **BV/681/2020/1**  
- Entwurf des Wirtschaftsplanes 2021  
- Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge
- 5. Eigenbetrieb Abwasser **BV/682/2020/1**  
Entwurf des Wirtschaftsplanes 2021  
- Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge
- 6. Elektromobilitätsoffensive - Antrag B90 Die Grünen/Die Linke **BV/719/2021**  
- Beratung und Beschlussfassung
- 7. Neubeschaffung Mannschaftstransportwagen (MTW) für die FF Pfinztal, Abt. Berghausen - Vorzeitige Ausschreibung aufgrund Schadensfall **BV/727/2021**  
- Beratung und Beschlussfassung
- 8. Beseitigung des Bahnüberganges Pfinztal-Söllingen **BV/729/2021**  
Schaffung einer Querungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte Personen im Falle der Schließung des Fußgängerüberganges
- 9. Annahme von Spenden und Zuwendungen **BV/714/2021**
- 10. Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
- 12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



## Sitzungseröffnung

**Bürgermeisterin Bodner** eröffnet die Sitzung und begrüßt neben den Ratsmitgliedern auch wenige Zuhörer und die Vertreter der Presse zur ersten digitalen Gemeinderatssitzung. Sie spricht von einem Pilotprojekt, das man heute starte und das vom SWR zumindest in den Anfangsminuten begleitet wird. Sie weist darauf hin, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht ergangen ist. Gemeinderat Dr. Vogel komme später hinzu, Gemeinderätin Schaier habe sich entschuldigt. Wer von den eingeladenen Ortschaftsräten anwesend sei, könne sie nicht feststellen. Sie gehe davon aus, dass alle anwesend sind.

Zum Ablauf der Sitzung teilt sie mit, man habe sich im Ältestenrat darauf geeinigt, dass vor der Haushaltsberatung die anderen Tagesordnungspunkte (TOP 6, 7, 8 und 9) abgearbeitet werden und die Sitzung um 21.00 Uhr beendet wird, auch wenn die Beratung der Anträge noch nicht abgeschlossen ist. Die zu diesem Zeitpunkt nicht behandelten Punkte werde man in die nächste Beratung verschieben.

Sie gibt abschließend noch die Regularien für Wortmeldungen und für das Abstimmungsverfahren bekannt und ruft danach den ersten Tagesordnungspunkt auf.

### 1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

**Bürgermeisterin Bodner** erläutert, es bestehe nun für die Zuhörer die Möglichkeit zu Wortmeldungen; diese Gelegenheit werde es am Ende der Sitzung nochmals geben.

Sie stellt daraufhin fest, dass aus der Zuhörerschaft keine Wortmeldungen vorliegen.

### 2. Sachstandsbericht Sanierungsgebiet "Neue Ortsmitte Söllingen" - mit OR Söllingen - Kenntnisnahme

**Bürgermeisterin Bodner** teilt mit, zu diesem Tagesordnungspunkt seien die Mitglieder des Ortschaftsrats Söllingen eingeladen. Die Verwaltung habe in der Vorlage alle wichtigen Informationen zum Thema behandelt, Frau Schönhaar werde nun nochmals das wichtigste in Kürze vortragen.

**Frau Schönhaar** erklärt, sie werde kurz die Rahmenbedingungen für die Sanierung erläutern. Diese umfasse einen Förderrahmen von 1,66 Mio Euro, wovon die staatliche Finanzhilfe eine Million Euro ausmache. 666.000 Euro müsse die Gemeinde beisteuern. Die Gesamtsumme aller Maßnahmen außerhalb des derzeit bewilligten Kostenrahmens könne auf etwa 9 Mio. Euro beziffert werden, die allerdings nicht in der Gesamtheit ausgegeben werden müssten. Diese Summe sei eine Hochrechnung unter Annahme der Realisierung aller Maßnahmen. Sie werde sich im Laufe des Verfahrens ändern, je nachdem wo der Gemeinderat Schwerpunkte setzen möchte. Es liege an der Gemeinde zu sagen, welche Prioritäten gesetzt und auf welche Maßnahmen verzichtet werden soll. Sobald der derzeitige Förderrahmen von 1,66 Mio. Euro zur Neige gehe, werde man einen Aufstockungsantrag stellen müssen. Dies habe der Gemeinderat zu beschließen. Normalerweise rechne man für den ersten Teil des Projekts mit einer Laufzeit von zehn Jahren, sie gehe allerdings davon aus, dass man beim eingeschlagenen Tempo den Aufstockungsantrag bereits in fünf Jahren stellen muss. Die Kommunalentwicklung sei der Meinung, dass Pfinztal gute Chancen für die Genehmigung einer Aufstockung besitzt, sicher könne man sich aber nicht sein. Der Verwaltung sei es wichtig darauf hinzuweisen, dass man im Sanierungsgebiet abschnittsweise vorgeht. Ganz bewusst habe man in Phase 1 die Grundlagenermittlung vorgezogen sowie die Gestaltung des Kelterplatzes. Dies gelte genauso für einen möglichen Anbau an das Rathaus 1 in Richtung der Bäckerei und für die Entwicklung aller kommunaler Gebäude. Man schaue also



primär, wo sich Bedarfe befinden, wo es Prioritäten oder rechtliche Vorgaben gibt, wie etwa beim Gebäude Hauptstr. 55. Sobald es also weitere Zwischenergebnisse gibt wird die Verwaltung dem Gremium berichten und eine Entscheidung beantragen.

**Bürgermeisterin Bodner** will wissen, ob Wortmeldungen vorliegen.

**Gemeinderätin Rothweiler** will wissen ob es korrekt ist, dass die Bebauung im Gesamten nicht festgeschrieben ist, sondern von Abschnitt zu Abschnitt entschieden wird. Dies wird ihr von **Frau Schönhaar** bestätigt.

**Gemeinderat Herb** teilt mit, die Fraktion der Grünen nehme den Verwaltungsvorschlag zur Kenntnis. Interessant sei, dass es eine Priorisierung gibt, er gehe davon aus, dass davon in erster Linie die Bebauung entlang der B 10 gemeint ist.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Heute gehe es lediglich um die Kenntnisnahme des vorgetragenen Sachverhalts. Sie stellt fest, dass das Gremium von diesem Kenntnis genommen hat.

### **3. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2021** **- Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021** **- Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge**

**Bürgermeisterin Bodner** eröffnet die Beratung der Anträge zum Haushalt mit der Feststellung, dass bei der Verwaltung 40 Stück eingegangen sind. Sie kündigt an, dass Herr Sturm das Procedere zur Abstimmung über die Anträge durchführen wird und bittet diesen um seine Erläuterungen.

**Herr Sturm** erklärt, das Gremium habe zunächst über die im vergangenen Haushaltsjahr nicht zur Auszahlung gekommenen Haushaltsmittel abzustimmen. Dies könne man en bloc machen. Es gebe allerdings einen Antrag der CDU-Fraktion zu Ziffer 6 zur Beschaffung eines Streufahrzeugs. Wenn diese Mittel ausgeklammert werden, sei ein Betrag in Höhe von 2.331.000 € in das Haushaltsjahr 2021 zu übertragen. Er will wissen, ob es hierzu Fragen gibt und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist. Dem Gremium stellt er folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer stimmt der Übertragung der 2020 nicht zur Auszahlung gekommenen Haushaltsmittel in Höhe von 2.331.000 € in das Haushaltsjahr 2021 zu?“**

**Gemeinderat Ringwald** meldet sich zu Wort und teilt mit, die CDU-Fraktion ziehe ihren Antrag zurück, insofern könnten die Mittel für das Streufahrzeug in das neue Haushaltsjahr übertragen werden.

**Herr Sturm** stellt danach folgende **Abstimmungsfrage**: **„Wer stimmt dem Übertrag von Haushaltsmitteln in Höhe von 2.511.000 € in das neue Haushaltsjahr zu?“**

**Abstimmung:** **Einstimmige Zustimmung**

**Herr Sturm** fährt fort und erläutert, man werde heute nur die Anträge der Fraktionen behandeln. Sollte es aus dem Gremium Fragen zu den Antworten der Verwaltung geben bitte er darum, diese schriftlich einzureichen. Sofern es noch weitere Anträge geben sollte bitte er ebenfalls, diese schriftlich bis zur nächsten Sitzung einzureichen.

#### OZ 6 Beschaffung Streufahrzeug

**Herr Sturm** erläutert, der Fraktion der Grünen gehe es hier auch um das verwendete Streu-



gut bzw. um die Verwendung alternativer Streumittel. Auch sollte bei der Ausschreibung zur Neubeschaffung eines Fahrzeugs die Elektromobilität berücksichtigt werden. Er will wissen, ob die Fraktion der Grünen hierzu noch etwas sagen will, was allerdings nicht der Fall ist. Er stellt danach folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer ist dafür, dass die Verwaltung prüfen soll, ob neben dem Streusalz auch andere Streumittel zum Einsatz kommen können?“**

**Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen**

#### OZ 7 – Sammelfahrzeug Müllentsorgung

**Herr Sturm** erläutert, der Antrag der CDU-Fraktion auf Prüfung, ob es die Möglichkeit gibt, alternative Fahrzeuge anzuschaffen, habe keine Auswirkungen auf den Haushalt. Die Verwaltung solle lediglich prüfen, ob ein Mietkauf oder ein Leasing die bessere Wahl ist. Er stellt dem Gremium folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer ist dafür, dass die Verwaltung zu prüfen hat, ob ein Mietkauf oder Beschaffung über ein Leasing-Geschäft in Frage kommen kann?“**

**Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung**

**Herr Sturm** ergänzt, es gebe noch einen Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion, wonach auch die Beschaffung eines Elektro-Fahrzeugs geprüft werden soll. Er gibt bekannt, dass dies von der Verwaltung automatisch durchgeführt wird und will wissen, ob dies der SPD-Fraktion als Antwort ausreichend ist.

Dies wird von **Gemeinderätin Elsenbusch** bestätigt.

#### OZ 10 – Dienstfahräder E-Bikes

**Herr Sturm** informiert, es liege der Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung von Alternativen zur Anschaffung von Dienstfahrrädern beispielsweise über das Angebot von Jobrad vor. Die Verwaltung habe den Antrag dahingehend beantwortet, dass man dies prüfen werde.

**Gemeinderat Ringwald** ergänzt, seiner Fraktion gehe es auch um die Frage, ob bei dem angesetzten Betrag die Folgekosten berücksichtigt sind wie zum Beispiel die Kosten für die Unterstellung. Seiner Fraktion gehe es auch um einen Vergleich der Kosten bei den unterschiedlichen Anbietern.

**Herr Sturm** antwortet, der Haushaltsplan enthalte ausreichende Mittel auch für solche Maßnahmen.

**Gemeinderätin Konstandin** meldet sich zu Wort und teilt mit, sie verstehe unter Jobrad eine Fördermöglichkeit für Mitarbeiter, um von zu Hause an den Arbeitsplatz zu gelangen. Diese Fahrräder könnten allerdings nicht als Diensträder eingesetzt werden. Insofern sei der Antrag der CDU-Fraktion nicht stimmig, ihre Fraktion könne damit einer Abwicklung über das Jobrad eigentlich nicht zustimmen.

**Gemeinderat Ringwald** teilt mit, dies sei nicht zutreffend. Die Firma Jobrad biete Fahrräder sowohl als Dienstfahrzeuge wie auch für Mitarbeiter im Rahmen der Lohngeldumwandlung an. Die von der CDU aufgezeigte Möglichkeit der Abwicklung über Jobrad sei also möglich.

**Herr Sturm** stellt danach folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu, die Anschaffung von Dienstfahrrädern als E-Bikes auch über die Firma Jobrad zu prüfen?“**

**Abstimmung: Einstimmige Zustimmung**



#### OZ 20 – Kauf Schlüsselgrundstücke

**Herr Sturm** will wissen, ob die SPD-Fraktion ihren Antrag erläutern möchte, Haushaltsmittel in Höhe von einer Million Euro zum Kauf von Schlüsselgrundstücken bereitzustellen.

**Gemeinderätin Fahir** teilt mit, ursprünglich sei der Betrag von einer Million Euro geplant gewesen, ihre Fraktion sehe die Notwendigkeit, an dieser Größenordnung festzuhalten. Die Kommune müssten schauen, künftig mehr Grundstücke zu erwerben, weil man nicht im Besitz vieler Grundstücke ist. Diese Situation möchte ihre Fraktion ändern und damit auch dafür sorgen, dass künftig vermehrt ein bezahlbarer Wohnraum möglich ist. Um dies realisieren zu können brauche man Schlüsselgrundstücke. Sie macht deutlich, dass man auch prüfen müsse, kleinere Baugebiete auszuweisen, weil es nach wie vor einen Wohnraummangel in Pfinztal gibt. Manche Familien müssten bereits aus Pfinztal wegziehen, weil es hier keinen bezahlbaren Wohnraum gibt. Außerdem sei es Fakt, dass die Zinslage immer noch sehr günstig ist, weshalb ein Grundstückserwerb auch vor diesem Hintergrund Sinn mache. Ihre Fraktion beantrage deshalb, den Betrag von einer Million Euro im Haushalt für diese Zwecke vorzusehen.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhart** teilt mit, die Fraktion der Grünen sei der gleichen Meinung. Dies sei zwar viel Geld, die Zählgemeinschaft aus Grünen und Linken werde dem Antrag trotzdem zustimmen.

**Gemeinderätin Möller** sieht die prophylaktische Einstellung von Geldern für nicht erforderlich an, weil ein Grundstückskauf nicht von heute auf morgen geschehe. Sie wolle der Verwaltung keinen Freibrief ausstellen. Wenn ein Grundstückserwerb erforderlich werde, könne der Gemeinderat dafür immer außerordentliche Gelder genehmigen und zur Verfügung stellen.

**Gemeinderätin Rothweiler** wirft ein, wenn man bei der Veräußerung des Gasthauses Adler diesen Betrag zur Verfügung gehabt hätte, würde man das heutige Problem nicht haben.

**Herr Sturm** fügt hinzu, man könne nach dem neuen Haushaltsrecht außerplanmäßig keine Ausgaben in Höhe von 800.000 € beschließen, weil in diesem Fall die erforderliche Kreditaufnahme fehle. Wenn man ohne Haushaltsmittel Grundstücke erwerben möchte, müsse man einen Nachtragshaushalt aufstellen. Er stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Einstellung des Betrags von einer Million Euro zum Kauf von Schlüsselgrundstücken danach mit folgender Frage zur Abstimmung:

**„Wer stimmt der Aufstockung des Betrags zum Erwerb von Schlüsselgrundstücken von 200.000 € auf 1 Million € zu, womit gleichermaßen auch die erforderliche Kreditaufnahme in die Höhe geht?“**

**Abstimmung: 19 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

#### OZ 41 – Unterstand für die Unterbringung Notstromaggregate

**Herr Sturm** berichtet, die SPD-Fraktion habe den Antrag gestellt, parallel zur Anschaffung der Notstromaggregate einen Unterstand für deren Unterbringung zu schaffen. Die Anschaffungskosten mit 12.000 € sollen vom Jahr 2022 auf das laufende Jahr vorgezogen werden. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, stellt er folgende **Abstimmungsfrage**: **„Wer stimmt dem Vorziehen der Haushaltsmittel in Höhe von 12.000 € in das laufende Haushaltsjahr zu?“**

**Abstimmung: 15 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen**

#### OZ 48 – Optisch ansprechende Lösung für den Container im Schulhof Söllingen

**Herr Sturm** berichtet vom Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung der angesetzten 18.000 €,



wenn nur optische Gründe ausschlaggebend sind. Man halte es für ausreichend, wenn ein Vorhängeschloss beschafft würde. Die Verwaltung habe hierzu geantwortet, dass das Spielmaterial vermutlich auch anderweitig gelagert werden kann.

**Gemeinderätin Konstandin** erklärt, wenn nur optische Gründe den Ausschlag geben, halte ihre Fraktion den Antrag aufrecht.

**Gemeinderätin Rothweiler** fügt hinzu, nach Aussage ihres Enkelsohnes wäre es viel wichtiger, wenn die Toiletten saniert würden.

**Herr Sturm** stellt die **Abstimmungsfrage, wer dem Antrag der SPD-Fraktion auf Streichung der 18.000 € zustimmt.**

**Abstimmung: 19 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen**

OZ 57 – Klimaanlage Klassenzimmer unter dem Dach, GS Kleinsteinbach

**Herr Sturm** erklärt, die Fraktion der Grünen habe beantragt, aus der mittelfristigen Finanzplanung den Betrag von 4.000 € für das Jahr 2022 zu streichen, weil Klimaanlagen schlecht für das Klima seien. Eine Generalsanierung sollte deshalb ohne Einbau einer Klimaanlage angestrebt werden.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** teilt mit, die Grünen seien bereit, die Kröte mit dem Einbau einer Klimaanlage im Dachgeschoss der Grundschule Kleinsteinbach zu schlucken. Generell sollte allerdings auf den Einbau von Klimaanlagen verzichtet werden. Sie gibt bekannt, dass ihre Fraktion den Antrag hiermit zurückziehe.

**Gemeinderätin Konstandin** verweist auf ihre Anfrage aus dem vergangenen Jahr, wonach eine Untersuchung aller Klassenzimmer und Büros auf Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes vorgenommen werden sollte. Sie bitte darum, diese Messungen in allen Klassenzimmern durchzuführen.

**Herr Sturm** äußert die Bitte, dies nochmals als schriftlichen Antrag zu formulieren.

OZ 67 – WC-Sanierung Parkschule

Die SPD-Fraktion hat beantragt, die für das Jahr 2022 geplanten Sanierungsmaßnahmen mit Kosten von 160.000 € in das Jahr 2021 vorzuziehen.

**Gemeinderätin Eisenbusch** teilt mit, dies sei ein Antrag, der allen am Herzen liege. Das Anliegen zur Sanierung gehe weit in die Vergangenheit zurück. Ihr sei bekannt, dass Kinder sogar nach Draußen zum Pinkeln in die Büsche gehen, weil ihnen die Toiletten zuwider sind. Eine Sanierung sei also dringend in diesem Jahr notwendig, sie könne nicht verstehen, warum dies wieder verschoben werden soll

**Gemeinderat Ringwald** schließt sich der Meinung seiner Vorrednerin an. Die Sanierung der Toiletten schiebe man regelmäßig vor sich her. Er will von der Verwaltung wissen, ob die Sanierung noch in diesem Jahr realisierbar ist. Wenn dies nicht möglich sei schlage die CDU-Fraktion die Bildung einer Verpflichtungsermächtigung für 2022 vor. In diesem Jahr sollte dann die Planung stehen und die Aufträge vergeben werden, damit zum Jahresbeginn 2022 mit den Arbeiten begonnen werden kann.

**Herr Weingärtner** antwortet, in den vergangenen Jahren habe man mehrere WC-Anlagen saniert. Der Verwaltung sei es personell und zeitlich nicht möglich, die Sanierung der WC-Anlagen in der Parkschule gleichzeitig mit anderen Maßnahmen in diesem Jahr zu realisieren. Wissen müsse man dabei, dass solche Sanierungsmaßnahmen nur in den Ferien reali-





siert werden können.

**Gemeinderätin Eisenbusch** ist der Meinung, die Planung sei nach Mitteilung der Rektorin bereits abgeschlossen, die Verwaltung habe bereits die Fliesen ausgesucht. Aus ihrer Sicht sollte also eine Realisierung in diesem Jahr kein Problem sein.

**Herr Weingärtner** zählt mehrere Baustellen an Pfinztaler Schulen auf, die in diesem Jahr saniert werden sollen. Die Verwaltung wolle in diesem Jahr gerne die Maßnahmen zu Ende bringen, die bereits begonnen sind. Mit der Parkschule würde man eine neue Baustelle aufmachen, was nicht leistbar sei.

**Gemeinderat Schwarz** meint, wenn er die Rückmeldung der Verwaltung richtig lese, dann gebe es darin keine Aussage, dass die Maßnahme 2021 nicht möglich ist. Seiner Meinung nach sollte ein Zeichen gesetzt und die Haushaltsmittel für die Sanierung eingestellt werden.

**Herr Sturm** stellt danach folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer stimmt für die Annahme des Antrags der SPD-Fraktion, die WC-Sanierung in der Parkschule auf das Jahr 2021 vorzuziehen und die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 160.000 € einzustellen?“**

**Abstimmung: 21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme**

OZ 87 – Einbruchmeldeanlage Ludwig-Marum-Gymnasium

**Gemeinderätin Fahir** teilt mit, in der SPD-Fraktion habe man sich die Frage gestellt, warum diese Maßnahme auf das Jahr 2022 verschoben werden soll. Ihre Fraktion halte dies für eine sinnvolle Investition und stelle den Antrag, die Maßnahme im laufenden Jahr zu realisieren. Wenn in diesem Jahr im Bildungszentrum eingebrochen würde, wäre ohne Einbruchmeldeanlage sicherlich der Ärger groß, dass man die Maßnahme nicht umgesetzt hat.

**Herr Sturm** stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung mit folgender Frage:

**„Wer spricht sich für die Annahme des Antrags aus, den Betrag von 65.000 € für eine Einbruchmeldeanlage am LMG in den Haushalt 2021 aufzunehmen?“**

**Abstimmung: 11 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen**

OZ 91 – Erweiterung Hort Kleinsteinbach

**Herr Sturm** berichtet vom Antrag der CDU-Fraktion, den zur Zeit als Notgruppe für den Kindergarten „Unterm Regenbogen“ genutzten Raum in der Grundschule Kleinsteinbach künftig für den Hort zu nutzen. Dieser Antrag habe derzeit keine finanzielle Auswirkung. Die Verwaltung habe dies ebenfalls bereits in Erwägung gezogen.

**Gemeinderat Ringwald** erklärt, seine Fraktion halte an dem Antrag fest und bitte um Prüfung.

**Herr Sturm** teilt mit, die Verwaltung werde eine generelle Prüfung vornehmen.

**Gemeinderat Ringwald** lässt danach wissen, die CDU-Fraktion ziehe in diesem Fall den Antrag zurück.

OZ 100 – PV-Anlage Kindergarten Rasselbande

**Herr Sturm** informiert, die CDU-Fraktion habe beantragt, eine PV-Anlage auf dem Kindergarten Rasselbande zu installieren. Die Anlage sollte über die Wasserkraft Pfinztal GmbH betrieben werden. Die Gemeinde müsste in diesem Fall nur 50 % der Investitionssumme tragen. Die Verwaltung habe dahingehend Stellung genommen, dass dieser Antrag geprüft



wird.

**Gemeinderat Schwarz** teilt mit, seine Fraktion erkenne das Anliegen der CDU-Fraktion an und finde es eigentlich auch gut, die Wasserkraft Pfinztal GmbH dadurch aufzuwerten. Allerdings halte man es für sinnvoll, sich dieses Projekt im Detail anzuschauen und zu prüfen, welches die beste Lösung wäre. Aus diesem Grund sollte man den Antrag zunächst an die Klimakommission zur Prüfung verweisen.

**Herr Sturm** macht den Vorschlag, den eingeplanten Haushaltsansatz von 30.000 € zu belassen und die Prüfung der Klimakommission abzuwarten. Dies sei vom Ablauf her der einfachere Weg.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** findet diesen Vorschlag gut und stimmt dieser Lösung zu.

**Gemeinderat Ringwald** schließt sich an und zieht den Antrag seiner Fraktion zurück.

#### OZ 109 – Ersatz der vorhandenen Fluchttreppe Rächle-Halle

**Herr Sturm** erläutert den Antrag der SPD-Fraktion, den Betrag von 40.000 € in den Haushalt einzustellen, weil die vorhandene Fluchttreppe nicht mehr den Normen entspricht.

**Gemeinderat Reeb** macht deutlich, wenn die Fluchttreppe nicht mehr den Normen entspreche, dann müsse diese ausgetauscht und durch eine neue ersetzt werden. Sofern sich die Corona-Situation in diesem Jahr nicht verbessert und kein Sport im oberen Bereich der Halle stattfinden kann, könnte diese Maßnahme auch in das Jahr 2022 verschoben werden. Weil man dies aber nicht hoffe, wolle man das Geld zur Erneuerung einstellen und hoffentlich auch ausgeben. Den Antrag halte man deshalb aufrecht.

**Gemeinderat Rendes** will wissen, ob die Halle 3 durch diese Funktionsunfähigkeit der Fluchttreppe gesperrt ist oder trotzdem genutzt werden kann. Weiter wäre wichtig zu wissen, ob es eine Übergangsfrist gibt, bis wann die Treppe zu ersetzen ist. Sofern kein sofortiges Handeln erforderlich ist, könnte die Erneuerung auch 2022 realisiert werden.

**Frau Schönhaar** gibt bekannt, dass die Halle 3 vollwertig genutzt werden kann. Die Verwaltung habe bisher nur die Kenntnis, dass die Fluchttreppe nicht mehr den Normen entspricht, aber noch keine offizielle Feststellung. Weil man diese Kenntnis habe empfehle sie, die vorhandene Fluchttreppe zu ersetzen.

**Gemeinderat Dr. Rahn** hält manche Forderungen für teilweise überzogen. Solange die Treppe funktionstüchtig ist plädiere er dafür sie zu belassen, bis ein Austausch zwingend erforderlich wird.

**Gemeinderätin Konstandin** will den Tag nicht erleben, wo es wirklich einen Brandfall in der Halle gibt und jemand zu Schaden kommt. Sie habe gelesen, dass die Treppe auch zu steil sei. Vor diesem Hintergrund wolle sie den derzeitigen Zustand nicht verantworten und plädiere für einen Austausch.

**Herr Sturm** stellt danach folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer stimmt der Einstellung von 40.000 € zum Austausch der vorhandenen Fluchttreppe in Halle 3 der Rächle-Halle zu?“**

**Abstimmung: 15 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

#### OZ 141 – Radboxen P+R-Haltestelle Hummelberg – Einstellung von 30.000 €

**Gemeinderätin Fahir** bezieht sich auf die Antwort der Verwaltung und will wissen, warum die



Radboxen noch nicht in Betrieb sind. Man verstehe nicht, warum dies noch nicht geschehen ist, weil es doch keine große Sache sei. Außerdem habe man sich die Sache vor Ort angesehen und keine Vandalismusschäden entdecken können. Die SPD-Fraktion spreche sich dafür aus, das Projekt in diesem Jahr zu Ende zu bringen.

**Gemeinderätin Konstandin** will wissen, um welche Vandalismusschäden es sich gehandelt hat. Sie habe vor Ort nichts entdeckt.

**Gemeinderat Rothweiler** meint, es werde immer Vandalismusschäden geben. Dies sei ärgerlich, aber er habe keine Lösung dafür. Im Bereich der Haltestelle Hummelberg würden sich abends immer die Jugendlichen treffen. Er spreche sich dafür aus, die Radboxen so schnell als möglich in Betrieb zu nehmen.

**Gemeinderat Ringwald** meint, dies sei ganz klar eine Sache für den neu eingestellten Verkehrsplaner, auch weil hier das Thema Carsharing und Mobilität mit hineinspielen. Er plädiere dafür, zunächst ein Gesamtkonzept für die Gesamtgemeinde zu erstellen und das Thema in die Klimakommission zu geben, wo man die idealen Plätze für Radboxen ausfindig machen und alle Fakten abchecken sollte. Ohne ein Gesamtkonzept schlage er vor, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen oder die Behandlung in die Klimakommission zu geben.

**Gemeinderätin Möller** hält es für wichtig, dass man mit den angeschafften Radboxen zunächst in eine Pilotphase eintritt und Erfahrungen sammelt. Ihrer Meinung nach sollten also zunächst die vorhandenen Boxen genutzt werden.

**Frau Schönhaar** teilt mit, die Vandalismusschäden seien bereits durch den Bauhof beseitigt worden. Die kompletten Boxen seien mit Schimpfwörtern eingeschmiert worden. Zum Aufwand sei zu sagen, dass für alle Boxen zunächst Fundamente zu erstellen sind. Insofern sei man mit möglichen Standorten nicht flexibel, vorhandene Boxen könnten nicht leicht versetzt werden. Insofern schließe sie sich der Meinung von Gemeinderat Ringwald an und plädiere für die Erstellung eines Gesamtkonzepts. Kurzfristig sollten keine Standorte ausprobiert, sondern zunächst ermittelt werden, wo ein Bedarf vorhanden ist.

**Gemeinderätin Eisenbusch** spricht die Tatsache an, dass die Corona-Pandemie noch lange nicht vorbei ist und viele auf das Fahrrad umsteigen. Aus ihrer Sicht sollte es unstrittig sein, dass die großen Haltestellen in den Ortsteilen immer einen Bedarf haben. Auch bei den P + R-Plätzen sollten möglichst Fahrradboxen vorhanden sein. Über alle anderen Standorte könne man sich sicherlich unterhalten. Vor diesem Hintergrund schlage sie vor, den Auftrag eventuell zweizuteilen und zunächst nur die eindeutigen Stellen zu realisieren. Über alle anderen Standorte könnten sich die Mitglieder der Klimakommission unterhalten.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** teilt mit, sie habe die Radboxen am Hummelberg angeregt. Die Mitglieder ihrer Fraktion würden sich bei der Abstimmung nicht einheitlich verhalten. Sie persönlich schließe sich der Verwaltungsmeinung an.

**Herr Sturm** leitet danach die Abstimmung ein. Er weist darauf hin, dass zunächst über den weitestgehenden Antrag abzustimmen ist. Dies sei der Antrag der SPD-Fraktion, einen Betrag von 30.000 € einzustellen. Danach sollte über den Verweis an die Klimakommission und Erarbeitung eines Gesamtkonzepts abgestimmt werden.

Er stellt folgende **Abstimmungsfragen:**

**„Wer stimmt für den Antrag der SPD-Fraktion, 30.000 € zur Errichtung von Fahrradboxen einzustellen?“**

**Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen**



**Herr Sturm** erklärt, damit sei der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt. Er stellt folgende weitere **Abstimmungsfrage**:

„**Wer stimmt dafür, zunächst ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, mit dem sich die Klimakommission zu befassen hat?**“

**Abstimmung: Einstimmige Zustimmung**

OZ 142 – Mehr Geld einstellen für ein Radwegekonzept

**Herr Sturm** erklärt, es stehe nun der Antrag der Fraktion der Grünen an, mehr Geld für ein Radwegekonzept einzustellen. Konkret soll der Betrag von 50.000 € auf 100.000 € aufgestockt werden. Bevor man auf diesen Antrag eingehe habe er auf die Vorgaben des neuen Haushaltsrechts hinzuweisen. Im Moment weise der Ergebnishaushalt ein Minus von 1.057.300 € auf. Man habe andererseits die Spezialität, dass es im Finanzhaushalt einen Überschuss von 133.600 € gibt, was in etwa der früheren Zuführungsrate vom Verwaltungsin den Vermögenshaushalt entspreche. Wenn man von den 133.600 € noch die zusätzlichen 50.000 € abzieht, dann liege man bei 83.600 €. Wenn man bedenke, dass weitere Anträge mit Ausgaben anstehen, dann komme man leicht in ein Minus. Man sollte aber auf jeden Fall eine schwarze Null anpeilen, weil man ansonsten den Haushalt nicht genehmigt bekommt.

**Gemeinderat Rothweiler** meint, wenn er Herrn Sturm richtig verstehe, könne man jetzt das Buch zumachen und keine weiteren Beschlüsse mit Ausgaben fassen. Er will wissen, welche Summen noch zur Entscheidung anstehen.

**Herr Sturm** erklärt, der Gemeinderat könne im Ergebnishaushalt noch über max. 133.600 € verfügen und entsprechende Ausgabeentscheidungen treffen. Im Investitionshaushalt könne man gerne weitere Ausgabeentscheidungen treffen, die sich allerdings auf die Höhe der Kreditaufnahmen auswirken. Derzeit benötige man eine Kreditaufnahme von 9.148.000 €. Wenn man nicht die momentane Null-Zins-Phase hätte, läge diese Summe über den Möglichkeiten.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** schlägt vor, im konkreten Fall eine Verpflichtungsermächtigung für 2022 zu beschließen.

**Herr Sturm** klärt auf, dass eine Verpflichtungsermächtigung im Ergebnishaushalt nicht möglich ist. Diese Möglichkeit gebe es nur für den Investitionshaushalt, man befinde sich momentan aber im Ergebnishaushalt.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** meint, das Radwegeprojekt habe für die grüne Fraktion absolute Priorität, man wolle hierfür Geld in die Hand nehmen.

**Gemeinderätin Fahir** erklärt, auch der SPD-Fraktion sei es ein Anliegen, für diese Sache Geld in die Hand zu nehmen und dies möglichst schnell umzusetzen. Man habe den Haushaltsentwurf der Verwaltung so verstanden, dass die eingetragenen 50.000 € benötigt werden, um das Nötige umzusetzen. Möglicherweise könne die Verwaltung in diesem Jahr gar nicht weitere Summen ausgeben. Außerdem sei anzumerken, dass dies eine Aufgabe für den neuen Verkehrsplaner sein kann, der seine Tätigkeit erst noch aufnehmen wird.

**Frau Schönhaar** stimmt zu, dass es sich um eine Aufgabe des künftigen Verkehrsplaners handeln wird. Bisher habe man in der Verwaltung lediglich ein Konzept, das noch nicht beraten und daher noch nicht beschlossen ist. Aus diesem Konzept müsse der Gemeinderat Priorisierungen vornehmen. Bauen könne man in diesem Jahr wahrscheinlich nicht oder nicht viel, weshalb die beantragten 50.000 € für dieses Jahr aus Sicht der Verwaltung ausreichend sind.



**Bürgermeisterin Bodner** unterbricht die Sitzung für eine kurze Pause zur Beratung innerhalb der Fraktionen und zum Lüften des Sitzungssaales.

Nach der Wiederaufnahme der Sitzungstätigkeit teilt die Fraktion der Grünen mit, dass der Antrag zurückgezogen wird.

#### OZ 147 – Kauf E-Ladesäulen

**Gemeinderat Schwarz** begründet den Antrag seiner Fraktion. Er teilt zunächst mit, dass die Aussage von Herrn Sturm seine Fraktion quasi kalt erwischt hat, weil man nun vor dem Hintergrund der Zahlen möglicherweise anders entscheiden muss. Er schlägt für die Zukunft vor, die Rahmenbedingungen künftig vor dem Eintritt in die Beratung deutlich zu machen. Zum Antrag seiner Fraktion sei zu sagen, man schlägt die Verweisung an die Klimakommission vor und ziehe den Antrag zurück.

**Gemeinderätin Konstandin** meint für die SPD-Fraktion, die Sache mit den E-Ladesäulen müsse man möglicherweise zweiteilen. Sie gehe davon aus, dass sich der Antrag der Grünen auf E-Ladesäulen für PKW bezog, während ihre Fraktion Ladesäulen für E-Bikes meint. Zu den Ladesäulen für PKW stelle sich die generelle Frage, warum die Gemeinde eigentlich kostenlos Strom zur Verfügung stellen soll. Die Gemeinde stelle auch nicht kostenlos Benzin für die Einwohner zur Verfügung. Auch ihre Fraktion ziehe den Antrag zurück und verweise die Beratung zunächst an die Klimakommission zur Erarbeitung eines Gesamtkonzepts.

#### OZ – Anschaffung Shuttle-Bus

**Herr Sturm** geht davon aus, dass sich dieser Antrag durch die Beratung und Entscheidung für eine kurzfristige Lösung zunächst erledigt hat.

**Gemeinderat Ringwald** verweist auf den Antrag zur Anschaffung eines Fahrzeugs, worin man sich mit der SPD-Fraktion einig sei. Er bittet um nochmalige Erläuterung der momentanen Beschlusslage.

**Bürgermeisterin Bodner** erläutert, beschlossen habe man die kurzfristige Lösung mit einem Anruf-Taxi. Parallel dazu soll aber auch die Einrichtung eines Shuttle-Bus-Systems geprüft werden. Diese Arbeit soll möglichst mit Ehrenamtlichen geleistet werden.

**Gemeinderat Ringwald** teilt mit, die CDU-Fraktion ziehe ihren Antrag zurück.

**Gemeinderat Rothweiler** zeigt sich sehr verärgert über diese Entwicklung. Sofern ein Thema problematisch werde, verweise man die Sache an die Klimakommission. Deren Mitglieder sollen sich dann etwas ausdenken über die Zukunft in der Gemeinde. Wenn man nach vorne blicken möchte und beispielsweise am Radwegkonzept spart, dann sei man auf dem falschen Weg. Er finde die Vorgehensweise sehr ermüdend.

|

**Bürgermeisterin Bodner** meint, bei der Klimakommission handle es sich um ein Kind der Gemeinde, das fachlich vorberaten werden. Die letzte Entscheidung in den anstehenden Fragen liege immer beim Gemeinderat. Die Klimakommission leiste hierzu einen wichtigen Beitrag und eine gute Vorarbeit.

#### OZ 150 – Toilettenanlage Rokycanyplatz

**Herr Sturm** teilt mit, es liege ein Antrag der Grünen vor, die Realisierung des Toilettenhäuschens von 2022 auf das laufende Jahr vorzuziehen. Die Kosten von 150.000 € seien im Investitionshaushalt zu veranschlagen. Der Antrag der SPD-Fraktion sei in die gleiche Richtung gegangen, nämlich dieses Geld 2021 einzustellen.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** bezieht sich auf die Antwort der Verwaltung, wonach eine



Realisierung in diesem Jahr nicht mehr möglich sei. Ihre Fraktion sei dafür, das Projekt spätestens im kommenden Jahr umzusetzen. Für die Planung müssten in diesem Jahr allerdings Haushaltsmittel vorhanden sein.

**Gemeinderätin Konstandin** bringt zum Ausdruck, sie empfinde die Entwicklung als sehr ärgerlich. Das Projekt sei bereits 2020 im Haushalt enthalten gewesen, bei Rückfragen bezüglich der Realisierung sei sie immer wieder von der Verwaltung hingehalten worden. Die letzte Mitteilung von Frau Schönhaar habe gelautes, dass die Realisierung 2020 nicht mehr gelingt, aber auf jeden Fall in 2021 durchgeführt wird. In ihrer Fraktion sei man sehr enttäuscht gewesen über die Aussage, dass die Realisierung nochmals verschoben werden soll. Eine öffentliche Toilette beim Rokycanyplatz halte man für unbedingt notwendig, es könne nicht sein, dass die Realisierung immer wieder verschoben wird. Pfinztal soll nicht nur klimafreundlich sein, sondern auch seniorengenehm. Aus diesem Grund halte man den Antrag aufrecht, um den Druck auf die Verwaltung zu erhöhen.

**Frau Schönhaar** antwortet, sie sei ursprünglich davon ausgegangen, dass man das Projekt 2021 realisieren kann. Fakt sei allerdings, dass man dies nicht schafft, was zum Teil auch an Corona liege. Bereits bei den momentanen Auftragsvergaben an Firmen gebe es Verzögerungen, die Möglichkeiten des Bauhofs seien durch Corona ebenfalls eingeschränkt. Die Verwaltung erkenne den Bedarf an, sicherlich habe man auch eine Verpflichtung gegenüber Familien, Müttern mit Kindern oder Senioren. Man könne diesen Bedarf in diesem Jahr aber nicht realisieren. Aus diesem Grund könne sie nur für den Vorschlag von Gemeinderätin Lühje-Lenhart plädieren, in diesem Jahr zu planen und im kommenden Jahr zu realisieren.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhart** teilt mit, die Fraktion der Grünen modifiziere ihren Antrag dahingehend, dass keine 150.000 € eingestellt werden sollen, sondern lediglich Haushaltsmittel für die Planung.

**Bürgermeisterin Bodner** teilt mit, dass der Verwaltung hierfür ein Betrag von 20.000 € ausreichen würden.

**Herr Sturm** erklärt, man werde nun zunächst über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion auf Einstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 150.000 € entscheiden. Er stellt folgende **Abstimmungsfrage**:

„**Wer ist dafür, dass im Haushaltsjahr 2021 für die Errichtung einer Toilettenanlage auf dem Rokycany-Platz 150.000 € eingestellt werden?**“

**Abstimmung:** 7 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Frage von **Gemeinderat Schwarz**, ob die Planungskosten ebenfalls investiv sind beantwortet er mit ja. Seine weitere **Abstimmungsfrage** lautet:

„**Wer stimmt dem Antrag der Fraktion der Grünen auf Einstellung von 20.000 € als Planungskosten für dieses Projekt zu?**“

**Abstimmung:** 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung

#### OZ 153 – Umsetzung Spielplatzkonzeption

**Herr Sturm** teilt mit, beim Antrag der Grünen, 30.000 € mehr für die Umsetzung der Spielplatzkonzeption einzustellen, handle es sich um eine investive Maßnahme.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhart** begründet den Antrag ihrer Fraktion. Man sei dafür, hochwertige und innovative Spielplätze zu schaffen. Dies habe den Nebeneffekt, dass dadurch die Lebensqualität für die Menschen erhöht wird, weil diese Plätze sich in den Orten befinden. Sie empfinde es als Aufgabe der Gemeinde, Möglichkeiten für Outdooraktivitäten zu schaffen.



fen, insbesondere auch für Senior\*innen. Die Verwaltung habe bereits in ihrer Antwort zum Ausdruck gebracht, dass dieser Antrag begrüßt wird.

**Frau Schönhaar** meint, diese Aussage beziehe sich auf die mittelfristige Finanzplanung mit einer Umsetzung im Jahr 2022.

Von **Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** wird dies bestätigt.

**Gemeinderätin Fahir** teilt mit, man finde den Antrag gut und stimme zu. Es sei wichtig, gerade in Corona-Zeiten für die Familien mehr Attraktivitäten im Freien zur Verfügung zu stellen.

**Herr Sturm** stellt folgende **Abstimmungsfrage**:

„**Wer stimmt dem Antrag zu, den Haushaltsansatz für die Erstellung der Spielplatzkonzeption von 30.000 € auf 60.000 € zu erhöhen?**“

**Abstimmung:**            **21 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme**

**Herr Sturm** gibt bekannt, dass nunmehr nur noch Anträge zu behandeln sind, die größtenteils den Ergebnishaushalt betreffen. Es handle sich noch um 17 Anträge, teilweise auch aus den Ortschaftsräten. Weil es kurz vor 21.00 Uhr ist stelle sich die Frage, ob man die Sitzung beendet.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** spricht sich für die Beendigung der Sitzung und die weitere Abarbeitung in der nächsten Sitzung aus.

**Gemeinderat Ringwald** sieht dies genauso und bittet um Beendigung der Sitzung.

**Gemeinderätin Fahir** stimmt dem auch zu. Sie habe noch eine Anregung, wie man nächstes Mal fortfahren kann. Heute sei es so gewesen, dass man die anderen Sitzungsteilnehmer nicht sehen konnte, wenn eine Präsentation eingeblendet war. Bei den Diskussionen sollte dies allerdings möglich sein.

**Gemeinderätin Eisenbusch** zeigt sich überrascht, wie gut die digitale Sitzung geklappt hat. Sie dankt der Verwaltung und den Kolleg\*innen für die disziplinierte Teilnahme. Auch sie sei damit einverstanden, in der nächsten Sitzung die restlichen Themen zu behandeln, weil es bestimmt auch neue Fragen geben wird.

**Herr Sturm** teilt den derzeitigen Zwischenstand mit. Im Ergebnishaushalt habe sich nichts verändert, man liege immer noch mit 1.057.300 im Minus. Im Finanzhaushalt befindet man sich mit 133.600 € immer noch im Plus, die Neukreditaufnahme belaufe sich auf 9.198.000 €.

**Gemeinderätin Lühje-Lenhardt** bedankt sich für die gute Diskussionsatmosphäre und betont, sie begrüße die Durchführung virtueller Sitzungen sehr.

**Gemeinderätin Konstandin** stimmt dem zu. Sie frägt sich, ob der Text der Sitzungsvorlagen immer auf dem Bildschirm benötigt wird. Ihr wäre viel wichtiger, die Kolleg\*innen zu sehen.

**Gemeinderätin Möller** meint, sie wolle die Sitzungsvorlagen sehen und finde die Einblendung gut. Sie schalte das Video immer ab, wenn sie nicht spreche. Dies habe sich in anderen Sitzungen bei einer so großen Teilnehmerzahl immer als sinnvoll erwiesen. Die heutige Sitzung halte sie für gut und effizient und auf jeden Fall wesentlich besser als in der Hagwaldhalle.



**Gemeinderat Schwarz** schließt sich seinen Vorrednerinnen an. Ihm sei es ebenfalls wichtiger, den Text der Vorlage als die anderen Teilnehmer zu sehen.

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, dass insofern heute auch der nichtöffentliche Teil der Sitzung vertagt wird. Sie stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bedankt sich bei allen Teilnehmern und beendet die Sitzung.

**4. Eigenbetrieb Wasserversorgung**  
**- Entwurf des Wirtschaftsplanes 2021**  
**- Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht beraten.

**5. Eigenbetrieb Abwasser**  
**Entwurf des Wirtschaftsplanes 2021**  
**- Beratung und Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht beraten.

**6. Elektromobilitätsoffensive - Antrag B90 Die Grünen/Die Linke**  
**- Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** verweist darauf, dass dieser Beratungspunkt auf einem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken beruht. Es werde folgendes beantragt:

1. Dass, die Verwaltung nur noch Fahrzeuge ohne lokale Emission (batterieelektrisch oder mit Wasserstoff) beschafft (Kauf und Leasing). Dies betrifft den eigenen Fuhrpark als auch Mobilitätsdienstleistungen (ÖPNV, Ruftaxi o.ä.). Soll ein Fahrzeug / eine Mobilitätsdienstleistung mit konventionellem Antrieb (Verbrennungsmotor Benzin/Diesel) beschafft werden, muss dies beantragt und begründet werden.
2. Entwicklung eines vorausschauenden Bedarfsplans für Ladeinfrastruktur bis 2030 und Umsetzung des Plans zur Sicherstellung einer ausreichenden Ladeinfrastruktur für den verwaltungseigenen Fuhrpark.
3. Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur in Pfinztal z.B. an P und R - Parkplätzen, Parkplätzen und Parkhäusern, Schulen, Gemeindeliegenschaften und anderen geeigneten Stellen in Pfinztal. Dies kann auch in Kooperation mit öffentlichen oder privaten Ladeinfrastrukturbetreibern erfolgen. Die Sicherstellung einer kurzfristigen Basisversorgung (mindestens 20 öffentlich zugängliche Ladepunkte (Ladeleistung mindestens 11 kW) in Pfinztal, (mindestens 2 pro Ortsteil) bis 2022 muss gewährleistet werden.
4. Initiierung, Förderung und / oder Beteiligung an der Errichtung einer Schnellladestelle (ab 100 kW) in Pfinztal bis 2022.
5. Ausweisung von CarSharing Stellplätzen in allen Ortsteilen mit der Option Ladeinfrastruktur zu installieren. Die Gemeinde geht aktiv auf CarSharing-Anbieter zu und versucht in jedem Ortsteil CarSharing-Fahrzeuge stationiert zu bekommen. Durch Möglichkeiten wie einer feste Anmietung von Poolfahrzeugen für die Verwaltung kann die Auslastung der Fahrzeuge erweitert und die Wirtschaftlichkeit für Kommune und CarSharing-Anbieter in einer Win-Win-Situation verbessert werden.

Es gebe nun Gelegenheit zur Begründung des Antrags.

**Gemeinderat Schwarz** erklärt, die Antragsteller sehen, dass die Elektromobilität in der Zu-





kunft deutlich wichtiger wird und die Gemeinde Pfinztal vor diesem Hintergrund noch nicht gut aufgestellt ist. Bei verschiedenen Facetten wie etwa bei der Bereitstellung einer Ladeinfrastruktur oder eines Carsharing-Angebots oder beim Vorbildcharakter der Gemeinde sehe man noch Potenzial. Aus dem Kreis des Ältestenrats habe es die Rückmeldung gegeben, die Antragspunkte zur Beratung in die Klimakommission zu verweisen. Diesen Vorschlag könne man gerne diskutieren, die Grünen würden trotzdem vorschlagen, Ziffer 1 des Antrags in der heutigen Sitzung zu entscheiden. Die restlichen Antragspunkte seien eher strategischer Art oder betreffen die Infrastruktur und könnten von der Klimakommission gerne zunächst beraten werden. Aus diesem Grund schlage man vor, den Antrag anzupassen und lediglich über Ziffer 1 abzustimmen; die Punkte 2 bis 5 könnten zur Beratung an die Klimakommission verwiesen werden.

**Gemeinderätin Fahir** bedankt sich bei den Antragstellern für den Antrag. Man finde diesen in ihrer Fraktion gut, weil wichtige Punkte enthalten sind. Sämtliche Punkte seien bereits im Rahmen der Klimaoffensive angesprochen und vorgesehen bzw. schon beraten. Durch den Beschluss zur CO<sub>2</sub>-Freiheit habe man dies alles schon beschlossen. Insofern finde man es gut, dass durch den Antrag Druck aufgebaut werden soll und werde den Antrag unterstützen. Zu Ziffer 1 sei anzumerken, dass man zwar auf Fahrzeuge ohne lokale Emissionen umstellen soll, es aber sicherlich nicht bei allen Fahrzeugen funktionieren wird. Zu nennen seien hier zum Beispiel die Fahrzeuge der Feuerwehr. Prinzipiell halte man es für wichtig, dass Autos künftig keine lokalen Emissionen produzieren und beispielsweise die Wasserstofftechnik zum Zuge kommt.

**Gemeinderat Ringwald** betont, die CDU-Fraktion sei der Meinung, dass der Antrag komplett in der Klimakommission behandelt werden müsste, dies gelte auch für die Ziffer 1. Denn auch die Entscheidung zu Ziffer 1 unterliege einer größeren Ausarbeitung. Man könne dies nicht pauschal entscheiden, sondern brauche eine Prüfung, welche Fahrzeuge Sinn machen und wie schnell das umgesetzt werden soll. Beispielsweise werde es nicht möglich sein, die Feuerwehr umzurüsten, auch beim Winterdienst werde man Probleme bekommen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass es auch darum gehe, andere alternative Betriebsstoffe für die Fahrzeuge zu finden wie beispielsweise synthetische Betriebsstoffe. Aus diesem Grund sollte die Beratung und Ausarbeitung zunächst in der Klimakommission stattfinden, die Arbeit für den Gemeinderat werde dadurch deutlich einfacher. Seine Fraktion spreche sich für die Annahme des Antrags und Weiterleitung an die Klimakommission aus.

**Gemeinderat Schwarz** hält diese Anregungen zwar für gut, doch gehe es darum, im Regelfall auf emissionsfreie Fahrzeuge umzusteigen. Sofern dies nicht möglich ist, habe die Verwaltung dies zu begründen. Der Antrag sei insofern kein Ausschlusskriterium für andere Fahrzeuge außerhalb der Elektromobilität. Er weist darauf hin, dass bei allen im Rahmen der Haushaltsberatung anstehenden Entscheidungen zu Fahrzeugen fast alle anderen Fraktionen darum gebeten hätten, alternative Antriebsarten zu prüfen. Aus diesem Grund sollte heute zumindest über Ziffer 1 des Antrags abgestimmt werden.

**Gemeinderat Ringwald** meint, genau aus diesem Grund wolle man die Beratung in der Klimakommission haben. Man befürchte Probleme beim doppelten Haushalt im Blick auf die Abschreibung der Fahrzeuge. Die Verantwortlichen für den Fuhrpark müssten sagen, ob die Anschaffung einer E-Mobilität möglich ist. Seine Fraktion spreche sich für eine saubere Liste mit den möglichen Fahrzeugen und mit Angaben zum Anschaffungszeitraum aus. Dadurch erspare man sich auch eine gewisse Arbeit.

**Gemeinderätin Konstandin** teilt mit, ihre Fraktion würde gerne der Ziffer 1 zustimmen, man habe aber noch einen Vorschlag zu unterbreiten. Und zwar gehe es darum, den Antrag so wie von Herrn Schwarz gerade eben vorgetragen zu modifizieren. Nach dem Wortlaut des Antrages wäre es ein sehr ausschließlicher Antrag. Deshalb sollte der Zusatz hinzugefügt



werden „soweit dies derzeit technisch möglich ist“.

**Gemeinderat Dr. Rahn** denkt, die Beschaffung von lokal emissionsfreien Fahrzeugen sei ein wichtiges Anliegen, man könnte Ziffer 1 seiner Meinung nach bereits heute beschließen. Er schlägt vor, den Antrag mit der Beschränkung „soweit möglich“ zu versehen. Damit wäre klar erkenntlich, dass es auch Ausnahmen geben kann und geben muss. Zielsetzung der Gemeinde müsste es grundsätzlich sein, elektrisch betriebene Fahrzeuge beschaffen zu wollen.

**Gemeinderat Schwarz** will von Gemeinderätin Konstandin wissen, was konkret im Antrag ergänzt werden müsste. Denn der Antrag enthalte bereits die Einschränkung, dass es beantragt und begründet werden muss, wenn ein Fahrzeug mit konventionellem Antrieb beschafft werden soll.

**Gemeinderat Hörter** erklärt, im Prinzip sei jeder für einen aktiven Umweltschutz und auch dafür, alternative Antriebsarten zu favorisieren. Man müsse diesen Gedanken aber auch aus betriebswirtschaftlichen Aspekten betrachten, denn diese Fahrzeuge müssten für die Menschen auch bezahlbar sein. Generell sei man für neue Antriebsarten offen, weshalb sich die Klimakommission zunächst intensiv mit diesen Fragen auseinandersetzen sollte.

**Bürgermeisterin Bodner** meint, die Verwaltung schaue bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge bereits heute darauf, welche alternative Möglichkeiten es gibt. Sie könne sich vorstellen, dass man zu Ziffer 1 des Antrages auch heute bereits eine Entscheidung herbeiführt, allerdings mit dem Zusatz „soweit möglich“. Sie will wissen, ob dies ein annehmbarer Vorschlag ist. Die Ziffern 2 bis 5 des Antrags werde man zur Beratung an die Klimakommission verweisen.

**Gemeinderat Schwarz** meldet sich zu Wort und teilt mit, dies halte man für einen gangbaren Weg.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt folgende Abstimmungsfrage:

**„Wer stimmt für den Antrag in Ziffer 1, wonach die Verwaltung soweit möglich nur noch Fahrzeuge ohne lokale Emission beschafft? Dies betrifft den eigenen Fuhrpark und auch Mobilitätsdienstleistungen. Soll ein Fahrzeug oder eine Mobilitätsdienstleistung mit konventionellem Antrieb beschafft werden, muss dies beantragt und begründet werden.“**

**Abstimmung: 14 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung**

**Bürgermeisterin Bodner** stellt abschließend fest, dass die Ziffern 2 bis 5 zur Beratung an die Klimakommission verwiesen werden.

## **7. Neubeschaffung Mannschaftstransportwagen (MTW) für die FF Pfinztal, Abt. Berghausen - Vorzeitige Ausschreibung aufgrund Schadensfall - Beratung und Beschlussfassung**

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die ausführliche Vorlage, die folgenden Sachverhalt aufzeigt:

*Auf einer Einsatzfahrt am 26.02.2021 wurde das ca. 14 Jahre alte Mannschaftstransportfahrzeug (MTW) der Feuerwehr Pfinztal, Abt. Berghausen, in einen Wildunfall verwickelt. Das Fahrzeug weist einen wirtschaftlichen Totalschaden auf. Die Reparaturkosten belaufen sich lt. Kostenvoranschlag auf über 10.000 Euro. Das Fahrzeug stünde turnusgemäß im Jahr 2021 sowieso zur Ausschreibung und Neubeschaffung an. Die Feuerwehr benötigt das Fahrzeug zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Dienst- und Übungsbetriebes sowie für den Ein-*



satzdienst.

*Die Ausschreibung des Fahrzeuges war für den Sommer 2021 nach Genehmigung des Haushaltsplanes und Erhalt eines Zuschussbescheides in Höhe von 13.000 Euro vorgesehen. Man rechnet mit Lieferzeiten nach Auftragsvergabe von ca. 15 Monaten. Dies würde bedeuten, man hätte im Sommer 2022 ein neues MTW „auf dem Hof“. Aufgrund des Unfalles wird die Ersatzbeschaffung umso dringlicher. Zur schnellstmöglichen Kompensation des kaputten Fahrzeuges ist die Verwaltung derzeit dabei mit der Feuerwehr sinnvolle Möglichkeiten auszuloten und Angebote z.B. für Mietfahrzeuge einzuholen. Diese hören sich vielversprechend an, evtl. kann in der Sitzung mehr berichtet werden.*

*Beim Kreisbrandmeister wurde bereits eine Unbedenklichkeitsbescheinigung für die vorgezogene Beschaffung des MTW beantragt. Die Ausschreibungsunterlagen können kurzfristig fertiggestellt werden.*

*Aus den o.g. Gründen bittet die Verwaltung den Gemeinderat der vorzeitigen Ausschreibung des MTW zuzustimmen.*

**Bürgermeisterin Bodner** will wissen, ob es Wortmeldungen gibt.

**Gemeinderat Vortisch** teilt mit, die SPD-Fraktion stimme dem Antrag zu. In der Vorlage stimme allerdings das Unfalldatum nicht, es sei sicherlich der 26.12.2020 gemeint. Sicherlich müsse die Feuerwehr mit dem notwendigen Gerät ausgestattet werden und zwar schnellstmöglich.

**Gemeinderat Hörter** erklärt, aufgrund des geänderten Feuerwehrbedarfsplans, mit dem man einen reduzierten Fuhrpark erhalte, sei die Beschaffung des Mannschaftstransportwagens unbedingt notwendig und Voraussetzung für eine hohe Einsatzqualität. Die CDU-Fraktion werde deshalb dem Antrag zustimmen.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** gibt auch die Zustimmung der Grünen bekannt.

**Bürgermeisterin Bodner** stellt folgende Abstimmungsfrage:

**„Wer ist dafür die Verwaltung zu ermächtigen, die Ausschreibung des Mannschaftstransportwagens (MTW) nach Vorliegen einer Unbedenklichkeitsbescheinigung des Kreisbrandmeisters vorzunehmen? Die Gelder sind im Haushalt 2021 in Höhe von 80.000 Euro als Investition bereits vorgesehen.“**

**Abstimmung:** **Einstimmige Zustimmung**

## **8. Beseitigung des Bahnüberganges Pfinztal-Söllingen Schaffung einer Querungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte Personen im Falle der Schließung des Fußgängerüberganges**

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Darlegungen in der Verwaltungsvorlage und betont, man habe in der vergangenen Woche überraschend erfahren, dass der Fußgängerüberweg bereits zum 15.02.2021 geschlossen wird. Auch gebe es keine Möglichkeit, dieses Datum nach hinten zu verschieben. Aus diesem Grund ersuche sie das Gremium zur Annahme des Verwaltungsvorschlags, wonach ein Anruf-Taxi eingerichtet werden sollte.

Die Verwaltungsvorlage hat folgenden Inhalt:

*Am 23. Oktober 2020 wurde die Verwaltung darüber informiert, dass die Deutsche Bahn nach der bereits erfolgten PKW-Sperrung beim Eisenbahnbundesamt auch die Vollsperrung beantragt hat. Für Fußgänger wird dann der bereits erstellte Übergangssteg geöffnet. Unab-*



*hängig von der Forderung der Gemeinde den Bahnübergang solange wie möglich für Fußgänger offenzuhalten hat die Gemeinde eine Quermöglichkeit für mobilitätseingeschränkte Personen gesucht. In der Zeit vom 22.06.2020 bis 12.07.2020 wurde probeweise ein Shuttle-Bus eingesetzt, welcher im 20-Minuten-Takt vormittags und nachmittags stundenweise eingesetzt wurde. Die Zahl der Personen wurde ermittelt und die Fahrzeitwünsche abgefragt. Mitfahrgelegenheit wurde für alle gehbehinderten Personen, Personen mit Rollstuhl oder Rollator sowie Kinderwagen geboten.*

*Während 21 Tagen sind 195 Einzelfahrten zu verzeichnen (wenn man Hin- und Rückfahrt rechnet also ca. 100 Personen). Hinzu kommen 60 Fahrten von Personen mit Rollator, 12 Fahrten mit Kinderwagen und 2 Fahrten mit Rollstuhl.*

*Festgestellt werden kann, dass ein fester Fahrplan zu vielen Leerfahrten führt, also auf keinen Fall angeboten werden sollten.*

*Die Fahrzeiten wurden im überwiegend akzeptiert, wobei einzelne Wünsche nach anderen Fahrzeiten geäußert wurden (z.B. frühere Arztbesuche). Am häufigsten nachgefragt war der Shuttle freitags und samstags, Sonntag vormittags am Wenigsten.*

*Die Verwaltung hat für drei Varianten (Anlage) die Kosten -ausgelegt auf 3 Jahre- geschätzt. Außer Betracht gelassen werden dabei je nach Variante erhebliche Voraussetzungen und Bedingungen (z.B. europaweite Ausschreibung, Konzessionen und Genehmigungen, Haltestelleneinrichtungen, Personenbeförderungsscheine, Abrechnungen etc.).*

*Die Verwaltung ist zu der Entscheidung gekommen, dass auf Grund der ganzen Umstände und der Kosten das Angebot nur für Personen eingerichtet werden kann, denen die Umwege über den Durchlass Bahnwinkel bzw. den Durchlass Kapellenstraße nicht zugemutet werden können. Dies sind Personen, welche auf Rollstuhl (Kostenübernahme teilweise bereits durch Krankenkasse abgedeckt) oder Rollator angewiesen oder erheblich gehbehindert sind. Deshalb lautet der Beschlussvorschlag, die Variante 3 zu realisieren. Aus Vorgesprächen ist bekannt, dass Anbieter vorhanden sind.*

**Gemeinderat Hörter** meldet sich zu Wort und teilt mit, für die CDU-Fraktion sei die Entwicklung ein gutes Beispiel, wie Behörden an den Bedürfnissen der Menschen vorbei Entscheidungen treffen. Er bezeichnet die Begründung der DB Netz AG als fadenscheinig, weil man beispielsweise an den Bahnübergängen in Kleinsteinbach und beim Fraunhofer-Institut die gleiche Signaltechnik hat wie in Söllingen. Die Argumentation, dass die Technik veraltet ist und auszufallen droht, sei nicht nachvollziehbar. Die Bahn hätte zumindest einen Bauzeitenplan vorlegen und bedenken sollen, dass im Bahnwinkel noch eine Sanierung ansteht. Wenn dieser Fall eintrete, habe man in Söllingen eine Doppelbelastung für die Bürger. Vor diesem Hintergrund könne seine Fraktion dem Verwaltungsvorschlag nach Ziffer 3 nur zähneknirsch zustimmen, weil es sich hier um die kostengünstigste Lösung handelt. Von der Bahn hätte man sich mehr erwartet, zumal Millionenbeträge in die Verbesserung der technischen Infrastruktur der Bahn investiert werden und es hier an einer kleinen Anlage scheitert.

**Gemeinderätin Eisenbusch** meint, die SPD-Fraktion sehe dies genauso. Die Entwicklung bezeichnet sie als absolut ärgerlich. Man müsse zur Kenntnis nehmen, wie die Bahn abgehoben und fernab der Bedürfnisse der Menschen agiert. Sie informiert, ihre Fraktion habe sich ursprünglich auf die Annahme der Variante 2 mit Einrichtung eines eigenen Bus-Systems und Einstellung eines Minijobbers verständigt. Nun müsse man aber eine kurzfristige Lösung suchen und tätig werden, ein Anruf-Taxi könnte von heute auf morgen eingerichtet werden. Mit dieser Lösung sei man allerdings dem Grund nach nicht einverstanden, weil ein großer Teil der Bevölkerung dadurch ausgegrenzt wird. Es gebe viele Menschen, die nicht zu den Begünstigten gehören würden, beispielsweise ältere Menschen, die nicht mehr sicher auf den Beinen sind und die Behelfsbrücke nicht überwinden können. Man habe also eine viel größere Zahl an bedürftigen Personen, die auf das Anruf-Taxi angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund wolle man an dem Antrag festhalten, wonach die Verwaltung an der Realisierung der Variante 2 weiterarbeiten soll. Dies wäre auch genau der Wunsch der Bevölkerung, wie er bei der Gemeindeentwicklungsplanung geäußert wurde. Diese wäre ein Vorgriff auf Pfinz-



tal 2035 nach Einrichtung eines Bus-Systems, nicht nur zur Überquerung des Söllinger Bahnübergangs, sondern auch um zum Beispiel Menschen aus den Höhenlagen abzuholen. Immer mehr ältere Menschen seien auf solche Hilfen angewiesen, um in die Ortszentren zu gelangen. Insofern brauche man längerfristig einen eigenen Bus einschließlich eines Fahrers. Parallel zur kurzfristigen Umsetzung der Variante 3 sollte also auch die Variante 2 vorangetrieben werden.

Gemeinderat Dr. Vogel nimmt ab diesem Zeitpunkt (18:45 Uhr) an der Sitzung teil.

**Gemeinderätin Frensch** teilt mit, sie könne sich ihrer Vorrednerin nur anschließen. Grüne und Linke könnten der kurzfristigen Lösung mit einem Anruf-Taxi zustimmen. Manche Punkte sollen dabei allerdings mitbedacht werden wie zum Beispiel die Frage, wie lange die Wartezeit am Bahnübergang auf dieses Taxi sein soll. Man brauche ihrer Meinung nach eine verlässliche Wartezeit, die auf keinen Fall länger als zehn Minuten dauern sollte. Außerdem müsse es möglich sein, dass Rollstuhlfahrer und Personen mit Kinderwagen transportiert werden. Weiter wäre wichtig zu wissen, wie konkret das Taxi gerufen werden muss und ob es beispielsweise eine Anrufsäule gibt, die man drücken kann. Man stelle sich das Ganze als sehr kompliziert vor und wünsche sich eine nutzerfreundliche Lösung.

**Gemeinderat Dr. Rahn** stimmt seinen Vorrednern hinsichtlich ihrer Einschätzung zu, wonach es sehr ärgerlich ist, dass die Bahn plötzlich den Übergang sperren möchte. An dieser Stelle sei ihm der Hinweis erlaubt, dass an dieser Entwicklung der Gemeinderat mitschuldig ist. Er erinnere an den Antrag der ULiP, dass mit den Bauarbeiten erst begonnen werden darf, wenn ein höhengleicher Übergang für die Bevölkerung gesichert ist. Dieser Antrag habe damals keine Mehrheit im Gemeinderat gefunden. Man hätte sicherlich diesbezüglich mit der Bahn nochmals in Verhandlung treten können. In der jetzigen Situation bleibe allerdings nichts anderes übrig als auf das Anruf-Taxi zurückzugreifen.

**Gemeinderat Ringwald** merkt an, in den Beratungen zur Gemeindeentwicklungsplanung habe es schöne Vorstellungen zur Einrichtung eines Bus-Systems gegeben. Die damaligen Überlegungen seien allerdings von einer ehrenamtlichen Lösung, also von der Durchführung durch eine Organisation und mit ehrenamtlichen Fahrern ausgegangen. Wenn die Variante 2 irgendwann zum Tragen komme sollte dies im Ehrenamt laufen, denn man müsse als Gemeinde auch immer einen Blick auf die Kosten haben. Der Vergleich der Verwaltung zeige deutlich, dass bei Variante 2 die doppelten Kosten anfallen.

**Gemeinderätin Eisenbusch** widerspricht und meint, man rede hier nicht von den doppelten Kosten. Denn die Verwaltung gehe bei ihrer Berechnung von der Beförderung von Personen mit Rollstuhl oder Rollator aus. Dies sei eine begrenzte Gruppe von Mitbürgern, was nach Meinung ihrer Fraktion nicht sein darf. Wenn man sich auf ein Anruf-Taxi einigt, müsse dies grundsätzlich alle Menschen mitnehmen, die sich nicht über die Brücke auf die andere Seite trauen. Dazu würden auch Personen mit Kinderwagen gehören. In diesem Fall werde man nicht mit den prognostizierten 20 Fahrten pro Woche auskommen. Sie gehe davon aus, dass man dann schnell bei 150 Fahrten angelangt ist. Wenn Variante 2 mit Ehrenamtlichen klappt, wäre ihre Fraktion natürlich dabei. Um dies zu realisieren, sei noch eine große Vorarbeit erforderlich. Auf jeden Fall wolle die SPD-Fraktion die Variante 2 weiterverfolgt wissen.

**Gemeinderat Kirchenbauer** teilt mit, ihm gehe es um die Situation der endgültigen Schließung des Bahnübergangs mit der Folge, dass man noch zwei bis drei Jahre warten muss, bis der Bahnübergang nach den Vorstellungen der Gemeinde umgebaut ist. Die ganze Situation gehe zu Lasten der Bevölkerung, die jetzt den provisorischen Übergang mit vielen Stufen benutzen muss. Für ihn sei dies eine unzumutbare Situation, die zu vielen gefährlichen Situationen führen wird. Denn viele Menschen werden sicherlich versuchen, ebenerdig auf die



andere Bahnseite zu gelangen. Aus seiner Sicht sei die Zeit, bis eine endgültige Lösung vorliegt, viel zu lange.

**Gemeinderätin Möller** wendet sich an die Gemeinderätinnen Elsenbusch und Frensch und meint, man sollte sich davon freimachen, dass die Gemeinde immer eine vollumfängliche Versorgung der Bevölkerung sicherstellen muss. Sie halte es für das normalste der Welt, dass man zuerst im persönlichen Umfeld nachfragt, ob man bei Bedarf auf die andere Bahnseite transportiert werden kann. Zu erwarten, dass man in einem Dorf von einem Shuttle-Bus zu minimalsten Kosten mitgenommen wird, sei unrealistisch und von der Gemeinde nicht leistbar.

**Herr Kröner** fügt hinzu, seit dem Versand der Beratungsunterlagen hätten sich die Ereignisse quasi überschlagen. Die DB Netz AG habe mitgeteilt, dass der Fußgängerüberweg und die vorhandenen Schlupflöcher kurzfristig geschlossen werden. Der geschlossene Bahnübergang müsse sicherheitstechnisch abgenommen werden. Aufgrund dieser Entwicklung habe die Verwaltung zwei Partner gefunden, die bereit wären, ein Anruf-Taxi bereits ab dem kommenden Montag einzurichten. Berechtigte Personen wären allerdings nur solche mit Rollstuhl und Rollator oder denen das Überqueren über die Brücke nicht zugemutet werden kann. Man werde hinsichtlich der Beförderung sicherlich nicht kleinlich sein, aber nach seiner Auffassung würden keine Kinderwagen dazugehören. Mit diesen beiden Partnern werde die Verwaltung einen Rahmenvertrag abschließen, aber keinen Vertrag, der die Gemeinde auf Jahre bindet. Sicherlich wäre ein Bürgerbus die bessere Lösung, die bereits vor ca. 15 Jahren einmal angedacht war. Die Problematik mit Erteilung von Konzessionen, der Einrichtung von Haltestellen und der europaweiten Ausschreibung hätten dazu geführt, dass diese Idee nicht weiterverfolgt wurde. Er sei der Meinung, dass diese Lösung allerdings nur mit ehrenamtlichen Fahrern funktioniert.

**Bürgermeisterin Bodner** schlägt vor, heute über die Variante 3 abzustimmen. Die Verwaltung sei sicherlich nicht abgeneigt, die Variante 2 zu prüfen. Man sollte der Verwaltung vertrauen und abwarten, welches Ergebnis die Prüfung bringt.

**Gemeinderätin Rothweiler** bezieht sich auf die Äußerung von Herrn Kröner und meint, es könne einer Mutter mit Kinderwagen nicht zugemutet werden, diesen über den Fußgängersteig tragen zu müssen. Sie halte es für wichtig, das Anruf-Taxi auch in solchen Fällen zur Verfügung zu stellen.

**Bürgermeisterin Bodner** meint, es spreche nichts dagegen, dies in die Vereinbarung mit aufzunehmen. Aus der späteren Statistik der Fahrgäste werde man sehen können, in wie vielen Fällen dieses Angebot angenommen wurde.

**Herr Kröner** meint, in der Presse sei die Möglichkeit für Kinderwägen noch nicht kommuniziert, dies müsste noch gemacht werden. Sofern sich die Mehrheit des Gremiums für die Beförderung von Personen mit Kinderwagen ausspreche, werde man dies in die Vereinbarung aufnehmen.

**Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt** weist darauf hin, dass die Frage nach der Wartezeit auf das Taxi noch nicht beantwortet ist. Sie würde es auf jeden Fall begrüßen, wenn Personen mit Kinderwagen transportiert würden.

**Herr Kröner** klärt auf, eine Taxifahrt müsse man telefonisch vorab vereinbaren. Es stehe also kein Fahrzeug am Bahnübergang bereit.

**Gemeinderätin Elsenbusch** teilt mit, die SPD-Fraktion halte an ihrem Antrag fest. Wenn man beim Taxi einen Termin vereinbaren muss, sei dies nicht bürgerfreundlich und werde



nicht funktionieren. Viele würden erst am Bahnübergang merken, dass sie den Übergang nicht passieren können. Wenn die Alternative mit dem Shuttle-Bus vorangetrieben würde, hätte man am Bahnübergang einen Bus stehen. Dies sei genau das, was die Menschen brauchen. Für sie sei ein Transport von Kinderwagen selbstverständlich und auch für Menschen, die sich die Überquerung nicht zutrauen. Wenn man also dem Anruf-Taxi zustimme, sei dies nur eine schlechte Übergangslösung. Aus diesem Grund bestehe man auf die Abstimmung des Antrags zur Einrichtung eines Shuttle-Bus-Systems.

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, die Verwaltung sei nicht gegen ein Bus-System und natürlich könne man auch über den Antrag der SPD abstimmen.

**Gemeinderätin Frensch** teilt mit, sie sei entsetzt und ärgere sich über das geplante Vorgehen der Verwaltung. Diese Lösung sei definitiv nicht möglich. Sie frage sich, ob den Gremiumsmitgliedern bekannt ist, wie viele Menschen mit kleinen Kindern täglich den Übergang benutzen müssen, beispielsweise für den Weg zum Kindergarten. Sie sei der Meinung, dass die Gemeinde die Kosten für diese Menschen bezahlen muss, schließlich habe die Gemeinde auch diesem unsäglichen Projekt zugestimmt. Den Mitbürgern müsse man eine Möglichkeit bieten, problemlos auf die andere Bahnseite gelangen zu können. Aus ihrer Sicht könne ein Anruf-Taxi nur eine Notlösung sein.

**Gemeinderat Schwarz** sieht dies genauso. Man brauche eine kurzfristige Lösung, was sicherlich das Anruf-Taxi sein kann. Längerfristig brauche man aber eine bessere Lösung. Der Verwaltungsantrag müsse deshalb beinhalten, dass es sich nur um eine kurzfristige Lösung handelt.

**Gemeinderat Rothweiler** macht deutlich, das eigentliche Bauprojekt verschlinge mehrere Millionen Euro, weshalb die veranschlagten Kosten für einen Shuttle-Bus mit etwa 150.000 Euro zu vernachlässigen sind. Die Höhe der anfallenden Kosten sei ihm egal. Eine Diskussion über die Notwendigkeit halte er nicht für angebracht, denn die Behelfsbrücke sei für die Bürger schlichtweg unzumutbar.

**Bürgermeisterin Bodner** erklärt, sie werde nun zwei Abstimmungen durchführen. Zunächst gehe es um die Entscheidung über die kurzfristige Lösung mit der Variante nach Ziffer 3, wobei man einen Zusatz hinzufügen werde, dass auch Kinderwagen transportiert werden. In der zweiten Abstimmung werde man über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Sie stellt dem Gremium folgende **Abstimmungsfrage**:

**„Wer ist dafür, als Übergangslösung ein Anruf-Taxi einzurichten, mit dem auch Kinderwagen transportiert werden können? Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vereinbarungen mit den Unternehmen abzuschließen.“**

**Abstimmung:** **Einstimmige Zustimmung**

**„Wer stimmt der Annahme des Antrags der SPD-Fraktion zu, wonach die Verwaltung beauftragt wird, die Realisierung der Variante 2 mit Anschaffung eines eigenen Busses und Einstellung eines Fahrers zu prüfen mit dem Ziel, diese längerfristig einzuführen?“**

**Abstimmung:** **13 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen**



## 9. Annahme von Spenden und Zuwendungen

**Bürgermeisterin Bodner** verweist auf die Verwaltungsvorlage mit einer Tabelle aller Spenden, die im vergangenen Jahr eingegangen sind. Sie will wissen, ob ein Erläuterungsbedarf besteht und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist. Anschließend bittet sie darum, dem Verwaltungsvorschlag auf Annahme der Spenden zuzustimmen.

**Der Gemeinderat fasst danach folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Gemeinderat nimmt von den entgegengenommenen Spenden Kenntnis. Die in der Verwaltungsvorlage aufgeführten Spenden in Höhe von 8.827,08 € werden angenommen.**

Die Sitzung wird danach um fünf Minuten zum Durchlüften des Sitzungsraums unterbrochen.

## 10. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

## 11. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

## 12. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Beratung abgesetzt.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

\_\_\_\_\_  
Nicola Bodner  
Bürgermeisterin

\_\_\_\_\_  
Gemeinderat Hruschka

\_\_\_\_\_  
Roland Härer

\_\_\_\_\_  
Gemeinderat Reeb